

Erstveröffentlichung

Dieser Beitrag wurde präsentiert in

Panel XIV: *Staaten bauen*,

13. Dezember 2003

¹ Göhler, Gerhard: Antworten auf die soziale Frage – eine Einführung. In: Heidenreich, Bernd (Hg.): *Politische Theorien des 19. Jahrhunderts*. Berlin: Akademie Verlag 2002, pp. 417-428, hier p. 417.

² Knill, Christoph: Policy-Netzwerke. Analytisches Konzept und Erscheinungsform moderner Politiksteuerung. In: Weyer, Johannes et al. (Hg.): *Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung*. München, Wien: Oldenbourg 2000, pp. 111-133, hier p. 113.

³ *Ibid.*, p. 113.

»Neu ist, daß sich das 19. Jahrhundert erstmals nicht nur mit dem Politischen, sondern auch mit dem Sozialen befaßt, nicht nur mit ›Politik‹, sondern auch mit ›Gesellschaft‹.«¹ Mit diesem Hinweis thematisiert Gerhard Göhler eine entscheidende Wende im 19. Jahrhundert, in welcher soziale Probleme als Ordnungsprobleme gesehen und diskutiert werden, die das Gemeinwesen als Ganzes betreffen. Mit der sozialen Frage scheint auch die Gesellschaft einen Stellenwert in staatspolitischen Diskussionen errungen zu haben. Insofern gilt es auch zu überlegen, welche Rolle sie im Staat spielen kann, welche Knotenpunkte sie für sich in Anspruch nimmt und welche möglichen *links* sich dabei ergeben.

Gerade das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft spielt bei netzwerktheoretischen Überlegungen in der Politikwissenschaft eine wesentliche Rolle. Dabei ist insbesondere von Policy-Netzwerken die Rede, die in der Regel »als System relativ stabiler nicht hierarchischer Austauschbeziehungen zwischen einer Vielzahl interdependenter Akteure«² definiert werden. Sie werden nicht nur als Erscheinungsform politischer Steuerung gedeutet, sondern als Instrument zur Klassifizierung der Beziehungsmuster zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren verwendet.³ Dabei stellt sich die Frage, inwiefern ein (modernes) Konzept wie das des Policy-Netzwerks überhaupt auf die politische Situation des 19. Jahrhunderts, in dem eine staatliche Steuerung noch mehr oder weniger allein durch souveräne Entscheidungen und Befehle erfolgen kann, anwendbar ist. Denn ist im 19. Jahrhundert überhaupt ein Staat denkbar, der als gleichrangiges System in einer Gesellschaft ohne Spitzen und Zentren integriert ist? Mit seinen Staatsutopien und -visionen führt uns gerade das 19. Jahrhundert vor Augen, wie sehr gegen hierarchische Strukturen im Staat angekämpft, gegen den Staat als oberstes Kontrollorgan eingetreten wurde und moderne Staatskonzepte entwickelt wurden. Durch das Augenmerk auf soziale Fragen und das Bewusstsein um die Gesellschaft wird zudem die Möglichkeit eröffnet, auch den Staat mit seinen hierarchischen Abhängigkeitsverhältnissen als Netzwerk mit einer relativen Autonomie seiner Akteure denken zu können.

Im Zentrum der Diskussion um das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft im 19. Jahrhundert steht die soziale Frage. Antworten darauf entwickelt (neben konservativen und liberalen Bestrebungen) der Sozialismus, der die Diskrepanz zwischen möglicher Gesellschaftsordnung und den tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnissen ins Visier nimmt. Der Sozialismus reagiert auf die historischen Bedingungen, unter denen die soziale Frage virulent wird, indem er in aktiver Weise gegen die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse nach der industriellen Revolution (Durchsetzung des Marktes und Konkurrenz als Wirtschaftsprinzip, Massenproduktion, neuartige Mobilität, ökonomisch definierte Klassen) eintritt, darin aber gleichsam die Chance sieht, die schadhafte Stellen des gesellschaftlichen Netzwerks mit seinen instabilen Herrschaftsverhältnissen so zu gestalten, dass andere Möglichkeiten der Vernetzung geschaffen und neue Fäden zwischen noch unverbundenen Knotenpunkten geknüpft werden können. Bereits die programmatischen Forderungen des Sozialismus, die sich in den Schlüsselbegriffen *Gleichheit*, *Solidarität* und *Fortschrittsglaube* zusammenfassen lassen, zeigen, in welche Richtung der Staat verändert werden soll und welche Knotenpunkte gestärkt werden sollen. So wird nicht nur liberale Rechtsgleichheit, sondern insbesondere wirtschaftliche und soziale Gleichheit, die nahezu alle Lebensbereiche (Einkommen, Eigentumsverhältnisse und Bildungschancen) umfasst, gefordert. Vor allem die angestrebte Nivellierung der gesellschaftlichen Unterschiede ist von netzwerktheoretischer Relevanz, weil dadurch Hierarchien zu Fall gebracht werden sollen. Ein symmetrisches Netzwerk, bei dem alle Knoten gleichwertig sind, geht natürlich über die Vorstellung einer gesellschaftspolitischen Utopie hinaus, entspricht vielmehr einem mathematischen Modell. Clusterbildungen, *strong* und *weak ties*, *connectors* und *preferential attachments* führen vor Augen, wie Fiktion und Realität auseinander klaffen. Nichtsdestotrotz zählt der Versuch, ein gesellschaftliches Netzwerk in Hinblick auf gleichrangige Akteure zu gestalten. In diesem Zusammenhang scheint es aber auch wichtig zu betonen, dass die Rechte und Interessen des Einzelnen weniger wichtig werden, vielmehr die Gemeinschaft und das Kollektiv im gemeinsamen Kampf für soziale Gerechtigkeit favorisiert werden. Die Sozialisten bauen an einem Netzwerk für ein gemeinsames Anliegen, durch die Schaffung und Nutzung neuer *links* wollen sie hierarchische Strukturen umgehen. Zudem sollen die angeprangerten gesellschaftlichen Zustände durch die wissenschaftlich-technische

4 Cf. dazu Schneider, Volker/Kenis, Patrick: Verteilte Kontrolle. Institutionelle Steuerung in modernen Gesellschaften. In: Dies. (Hg.): Organisation und Netzwerk. Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und Politik. Frankfurt/M.: Campus 1996, pp. 9-44, die das Netzwerk in der Mitte des Kontinuums zwischen *Hierarchie* und *Markt* verorten. Märkte sind dabei durch das Nicht-vorhandensein von struktureller Koppelung zwischen den Elementen, Hierarchien im Gegensatz dazu durch feste Koppelung gekennzeichnet.

5 Zu den Ausführungen zu Saint-Simon cf. Ramm, Thilo: Die Frühsozialisten. In: Heidenreich 2002, pp. 429-445; Bambach, Ralf: Der französische Frühsozialismus. Opladen: Westdt. Verl. 1984; sowie Müller, Volker: Staatstätigkeit in den Staatstheorien des 19. Jahrhunderts. Opladen: Westdt. Verl. 1991.

Entwicklung und durch verstärkte Bildungsanstrengungen überwunden werden, also zukunftsorientiert die Fäden des gesellschaftlichen Netzwerks gesponnen werden.

Diese allgemeinen Forderungen sollen nun anhand einiger Beispiele konkretisiert werden. Dabei geht es v.a. um die Vorstellung der unterschiedlichen Staatskonzepte und deren möglichen Darstellbarkeit und Tauglichkeit als Netzwerk. Die Palette reicht von frühsozialistischen Utopien über den national geprägten Sozialismus, von anarchistischen bis zu marxistischen Überlegungen. Die Antworten des Sozialismus, wie man der sozialen Frage im 19. Jahrhundert begegnen sollte, sind vielstimmig. Es gibt eine Fülle von heterogenen Ansätzen, die sich, vereinfacht dargestellt, auf zwei Grundtendenzen zurückführen lassen: Sozialismus (1) als soziale Reform oder (2) als Revolution. Netzwerktheoretisch interessant wird es m.E. bei jenen Konzepten, in denen der Staat keine Rolle mehr in der Gesellschaft spielen, Hierarchie also vollkommen durch ein Netzwerk ersetzt werden soll, das allerdings nicht nur vom Markt bestimmt ist.⁴

Staatsrudimente durch Selbststeuerung

Bei den frühsozialistischen Staatskonzeptionen und -projektionen handelt es sich um Utopien einer auf Gerechtigkeit und Gleichberechtigung basierenden Sozialordnung, teils in der Realität versucht und gescheitert, teils nur theoretisch entworfen. Sie reichen von Produktionsgemeinschaften und einer Tauschbank, die nicht an Profit orientiert ist (Owen, Blanc), über ein Konstrukt von Industriegesellschaft als Gemeinschaft gleichberechtigter Produzenten (Saint-Simon) bis hin zu einer Form der Vereinigung von Erzeugung und Verbrauch in dem institutionellen Konstrukt der »Phalange« (Fourier).

Im Folgenden möchte ich auf die Überlegungen des Grafen Henri de Saint-Simon (1760-1825) näher eingehen, dessen Modell eines der gesellschaftlichen Selbststeuerung ist, in dem der Staat nur eine rudimentäre, im Zuge seiner Entwicklung immer bedeutungslosere Rolle spielt.⁵ Für Saint-Simon verkörpert der Staat die Herrschaft der Willkür, der zum Hindernis der kapitalistischen Entwicklung wird, weil er für jegliche Verluste an Effizienz verantwortlich ist. So wird z.B. auch der Adel zum Parasiten degradiert, weil er der unproduktiven Klasse angehört, und soll deswegen beseitigt werden. Hingegen bilden die Industriellen, welche die drei großen Klassen der Bauern, Handwerker und Kaufleute umfassen, die produktiven Teile der Nation. Auf Grund dieser die Produktivität betreffenden Diskrepanzen zwischen den einzelnen Klassen bedarf es einer sozialen Reorganisation auf der Basis ökonomischer Rationalität.

Saint-Simons Gesellschaft der Zukunft ist eine industrielle Gesellschaft, die sich den Staat unterordnet. Dabei werden die Vorzeichen des Mächteverhältnisses vorerst nur umgedreht, die hierarchischen Strukturen allerdings im Sinne der doppelten Gebärde der Dekonstruktion noch nicht zu Fall gebracht. Die Verwaltung ist der Regierung übergeordnet, sie ist die eigentliche Steuerungsinstanz. Vom Staat abgekoppelt, wird sie zu einer Institution der Gesellschaft und repräsentiert die Identität von ökonomischen und politischen Interessen.

Entsprechend der Ideen von Saint-Simon soll die Gesellschaft auf den drei Säulen Verwaltung, Industrie und Wissenschaft (samt Kunst) basieren. Industrie-Chefs, Wissenschaftler und Künstler bilden die Elite der Gesellschaft – aus ihnen rekrutiert sich auf nebenberuflicher Basis die Verwaltung. Der Staat als Intermediär wird auf diese Weise ausgeschaltet, eines staatlichen Vermittlers, der den Wissenstransfer verzögert oder vielleicht sogar hemmen würde, bedarf es nicht mehr. Im Gegensatz zu netzwerktheoretischen Staatskonzepten, in denen die staatlichen Akteure die Funktion der Moderation übernehmen, soll der Staat im Sinne von Saint-Simon keine moderierende Instanz der innersystemischen Kommunikation sein.

Die geistige Gewalt soll den Wissenschaftlern übertragen werden, die weltliche Gewalt den Unternehmern, die großindustrielle Projekte verwirklichen sollen: einerseits mikroökonomisch als Marktteilhaber, andererseits makroökonomisch als Vertreter des Allgemeinwohls. Die Interessenskollisionen, die dabei entstehen könnten, kalkuliert Saint-Simon nicht mit ein. Der im Allgemeininteresse handelnde Unternehmer mit sozialem Handlungsbewusstsein bleibt wohl Kunstfigur.

Saint-Simons Utopie besteht darin, den Gegensatz von privat und öffentlich, von Gesellschaft und Staat zu beseitigen. Ein Problem ergibt sich dadurch, dass er versucht, staatliche und private Akteure in jeweils eine Person zu integrieren. Indem hier zwei Knotenpunkte zu einem verschmelzen, fällt auch die Arbeitsteilung weg. Der Interessenskonflikt ist dabei allerdings vorprogrammiert. Andere Meinungen werden nicht eingeholt, sondern die der instal-

lierten Experten sind allein gültig und bilden die *conditio sine qua non*. Von Verhandlungen kann keine Rede mehr sein, die allein im Befragen des persönlichen Gewissens (egoistisches Handeln oder Gemeinwohl) stattfinden.

6 Müller 1991, p. 306.

7 Zu den Ausführung zu Proudhon cf. Hoffman, Robert L.: *Revolutionary Justice. The Social and Political Theory of P.-J. Proudhon*. Urbana: Univ. of Illinois Pr. 1972; Müller 1991 und Berber, Friedrich: *Das Staatsideal im Wandel der Weltgeschichte*. München: Beck 1973.

8 Müller 1991, p. 302.

9 Cf. dazu Knill 2000, p. 120.–Steuerungspolitische Überlegenheit von Netzwerken erfolgt durch Verhandlungen mit dem Ziel eines gemeinsamen Ergebnisses kollektiver Art. *Bargaining* ist allerdings nur eine Möglichkeit der Koordination, birgt aber die Gefahr, dass die Verhandlungen zu Lasten Dritter laufen. *Problem-solving* wäre die optimale (positive) Koordination.

10 Marx, Karl: *Manifest der kommunistischen Partei*. München: W. Finck (UTB 743) 1978, p. 99.

Staat ohne Staat

Der Anarchismus will eine Gesellschaft ohne Staat, demnach gestaltet es sich auch schwierig, bei den Anarchisten nach Staatskonzepten zu suchen. Dennoch möchte ich hier kurz darauf eingehen, welche Rolle der Staat in den anarchistischen Theorien einnimmt und welche (mitunter dem Staat nicht ganz unähnliche) Gegenkonzepte zum Staat entwickelt werden. So geht Volker Müller davon aus, dass

die potentiellen Staatsaufgaben im Anarchismus nach wie vor bestehen; allein der Träger dieser Aufgaben und der Maßnahmen zu ihrer Durchführung, der Staat, verschwindet. Die Aufgaben selbst werden diffus in eine Gesellschaft transferiert, in der auf obskure Weise alle ethisch wertvollen Qualitäten plötzlich zur vollen Geltung gelangen und damit auf natürliche Art eine vollkommene soziale Harmonie kreieren, wie sie kein Staat je herbeisteuern könnte.⁶

Es drängt sich die Frage auf, ob nicht vielleicht die anarchistischen Gesellschaftsentwürfe gerade deswegen mehr mit Netzwerken zu tun haben, weil sie den Staat zu negieren versuchen.

Einer der wichtigsten Verfechter anarchistischer Ideen im 19. Jahrhundert ist zweifelsohne Pierre-Joseph Proudhon (1809-1864), dessen Einstellung zum Staat von zwei Standpunkten gekennzeichnet ist: Einerseits will er ihn abschaffen, weil er als Staat der besitzenden Klasse die Besitzlosen unterdrückt, andererseits entdeckt er den Staat im Gewand der föderativen Organisation wieder.⁷

Eine Transformation des existierenden Staates hin zu einem Freiheit und Gleichheit garantierenden Gebilde hält Proudhon aufgrund der gouvernementalen Tradition für eine Utopie. Als Ausweg bleibt nur die soziale Revolution, um eine neue Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Für diese möchte Proudhon den Staat dienstbar machen, indem er sie selbst finanzieren soll. »So kommt Proudhon auf dem Umweg über eine staatlose Gesellschaft wieder zum Staat zurück zu einem Staat, der sich den Bedürfnissen der Gesellschaft unterwirft, sich die gesellschaftlichen Interessen zu eigen macht«,⁸ – so Müller.

Die Macht des Zentralstaates soll auf Kommunen, kleine lokale Einheiten, die zu Funktionsträgern werden, übergehen. Auf der Basis von Solidarismus und Kooperation wirtschaften diese Einheiten nicht nur selbst, sondern regieren sich auch selbst. Regieren bedeutet für Proudhon in erster Line ein System gegenseitiger Garantien aufrecht zu erhalten. Gegenseitigkeit herzustellen, wird zur wichtigsten Regierungsfunktion. Aus netzwerktheoretischer Sicht gehören die gegenseitige Garantie und das Vertrauen zu den wesentlichsten Aspekten für eine positive Koordination in staatlichen Netzwerken. Die aus kleinen Kooperativen bestehende Wirtschaftsordnung organisiert sich politisch flächendeckend durch ein Netz wechselseitiger Beziehungen (Versicherungen, Hilfeleistungen, Kredite), von Verträgen, die auf dem Tauschprinzip beruhen und dadurch die Balance der Interessenlage in der Gesellschaft garantieren.

Proudhons Ideal sozialer Steuerung ist das freie Aushandeln, wie es auch die Netzwerktheorie kennt. *Bargaining* ersetzt staatliche Autorität und führt zu beidseitig akzeptablen *terms of agreement*. Verhandelt wird innergesellschaftlich direkt, eines staatlichen Intermediärs bedarf es nicht. Im Föderalismus sieht er die soziale Ordnung, in der das Gegenseitigkeitsprinzip bei vorhandener, aber minimaler Regierungsgewalt verwirklicht werden kann.⁹

Wie der Anarchismus, hat auch der Marxismus seinem Selbstverständnis zufolge keine normative Staatstheorie hinterlassen. Denn der Staat wird zum Feindbild der Marxisten, er soll beseitigt werden, und damit auch der Kapitalismus von selbst zusammenbrechen. Die Anweisungen Marx' und seiner Interpreten, wie denn die kommunistische Zukunftsgesellschaft organisiert sein soll, sind fragmentarisch und vage. Denn einen Staat (im Sinne eines Klassenstaates der kapitalistischen Gesellschaft, nicht aber im Sinne einer bestimmten Form gesellschaftlicher Organisation schlechthin) gibt es nach der Machtergreifung des Proletariats ohnehin nicht mehr.

Der Marxismus sieht in der Revolution die einzige Antwort auf die soziale Frage. Allein im Kampf gegen Staat und Kapitalismus können hierarchische Strukturen aufgelöst werden, durch das Postulat »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!«¹⁰ soll ein Netzwerk zwischen den Arbeitern geschaffen werden, das die Ketten der Unterdrückung zu sprengen vermag.

11 Zu den Ausführung zu Lasalle cf. Na'aman, Shlomo: Lasalle. Hannover: Verl. für Literatur und Zeitgeschehen 1970, Ramm, Thilo: Ferdinand Lasalle. In: Heidenreich 2002, pp. 487-505, sowie Müller 1991.

12 Aus dem *Arbeiterprogramm* von 1862 zit. in Ramm 2002 (Ferdinand Lasalle), p. 488.

Nationaler Arbeiterstaat

Im Gegensatz zu den kosmopolitischen Frühsozialisten, Marxisten und Anarchisten hat sich in Deutschland ein national gesinnter Sozialismus entwickelt. An erster Stelle ist dabei Ferdinand Lassalle (1825-1845) zu nennen, der als charismatische Führerfigur national an Deutschland gebunden ist, die radikalen Strömungen des Landes aufspürt, um sich ihrer zu bedienen. Er zählt zu den großen Reformern unter den Sozialisten, zu seinen Verdiensten gehören einerseits die Arbeiteragitation als Versuch, Machtverhältnisse zu ändern, andererseits die ökonomische Forderung nach Produktivassoziationen mit Staatshilfe.¹¹

Schauen wir uns nun aber Lassalles Bild vom Staat an, zumal er uns eine klare Definition davon liefert: Der Staat ist für Lassalle die »Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen, eine Einheit, welche die Kräfte aller einzelnen, welche in diese Vereinigung eingeschlossen sind, millionenfach vermehrt [...]«. ¹² Jeder Einzelne wird zum Akteur eines Netzwerks, es sei sogar seine Pflicht, das Netzwerk zu nutzen, um die Kräfte des Staates zu vermehren. Doch bei Lassalle scheinen die Begriffe ›Gesellschaft‹ und ›Staat‹ zu verschwimmen, insbesondere wenn er dem Staat ganz klare Funktionen zuweist bzw. Staatsinterventionen vorschlägt.

Der Staat habe den Zweck, die Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit zu bringen. Dementsprechend kann es Lassalle natürlich nicht darum gehen, den Staat abzuschaffen. Er tritt vielmehr dafür ein, dass dem Staat Steuerungsfunktionen übertragen werden. Er rechtfertigt das Eingreifen des Staates dadurch, dass er dies schon immer getan habe. Nun aber soll er es nicht nur zu Gunsten des Adels und der Kirche tun.

Für ihn wird der Staat zur »großen Assoziation der arbeitenden Klasse«, in dem Sinne, dass Staatshilfe zur Selbsthilfe wird. Der Arbeiter müsse zu seinem eigenen Unternehmer werden, um sich aus der Herrschaft des »ehernen Lohngesetzes« zu befreien. Der Staat habe dabei die Aufgabe, ihm die Mittel zur Selbstorganisation zu verschaffen.

Die Produktivassoziation der Arbeiter wird zur »größten Industrie«, wobei Staat und Arbeiterschaft auf ökonomischem und sozialem Gebiet gegen den Großkapitalismus koalieren. Nach und nach sollen die privaten Unternehmungen (ohne staatliche Hilfe) durch Assoziationen (mit staatlicher Hilfe) vom Markt verdrängt oder zum Beitritt gezwungen werden. Lassalles Assoziationen werden durch Unterstützung des Staates fit für den Markt gemacht. Es wird eine künstliche (hierarchisch gesteuerte) *fitness* erzeugt, die jegliche Konkurrenz in Frage stellt. So werden seine Assoziationen zu Knoten in einem Netzwerk mit *preferential attachments*. Der (demokratische) Staat soll so zum ökonomischen Monopolisten werden. Als zentraler Akteur bildet er das Machtzentrum in einem quasi-hierarchischen Verhandlungssystem, das in gewissem Sinne mit einem asymmetrischen Netzwerk zu vergleichen ist.

Während bei den französischen Frühsozialisten die Gesellschaft den Staat erobert und auf Minimalfunktionen reduziert, übernimmt bei den nicht-marxistischen deutschen Sozialisten die organisierte Arbeiterklasse den Staat, schafft ihn aber nicht ab (wie im Marxismus oder Anarchismus), sondern führt ihn als (National-)Staat weiter, und zwar mit allen herkömmlichen Machtbefugnissen. Insofern wird die Natur des Staates als Wahrer des Monopols physischer Gewalt auch nicht angetastet. Dort, wo aber der Staat als hierarchische Struktur abgeschafft werden soll oder zumindest seine Funktionen reduziert werden, finden sich auch Strukturen gesellschaftlicher Netzwerke, gekennzeichnet durch Komplexität, Fragmentierung und Interdependenz.

Stefan Kramer, Dr. phil., Studium der Germanistik, Theaterwissenschaft und Mathematik in Wien und Lancaster. Lektor an der Universität in Reading/UK und Rom. Derzeit freier Literaturwissenschaftler und -kritiker sowie Lehrbeauftragter an der Universität Wien. Forschungsschwerpunkte: Österreichische Literatur, Semiotik, Dramen- und Theatertheorie.
Kontakt: stefan.kramer@univie.ac.at